

Sie bekommen Gutschriften im Werte von 30 Westmark, um sich entsprechende Literatur zu kaufen. Diese Wühlätigkeit muß man unterbinden und unsere Parteiorganisation darauf orientieren, daß mit einer gewissen Vertrauensseligkeit, die gerade bei jungen, im Kampf noch unerfahrenen Genossen stark vorhanden ist, Schluß gemacht wird. Sie müssen endlich begreifen, daß der Kampf gegen die NATO und ihre Agenturen nicht mit Worten allein geführt werden kann, sondern daß die feindlichen Zentren liquidiert werden müssen.

In der Universität gab es auch gute Auseinandersetzungen mit falschen und revisionistischen Auffassungen, so zum Beispiel in der Frage des gesellschaftswissenschaftlichen Grundstudiums. Ich möchte eine Seite bei dieser Auseinandersetzung zeigen. Es gab im gesellschaftswissenschaftlichen Grundstudium so eine Linie: „Macht nicht zu sehr harten Kurs, seid vorsichtig in eurer Meinungsäußerung, sonst werdet ihr mehr zerschlagen, als ihr in der Auseinandersetzung gutmacht.“

Wir hatten deshalb drei große Versammlungen mit allen Genossen des gesellschaftswissenschaftlichen Grundstudiums, in denen wir unseren Parteistandpunkt zu dieser Frage darlegten. Nach diesen drei Versammlungen glaubten wir, daß wir im gesellschaftswissenschaftlichen Grundstudium im allgemeinen durch sind. Es ist aber offensichtlich, daß wir mit dieser Stimmung „harter Kurs“, „weicher Kurs“, „nicht zu scharf vorgehen“, in der ganzen Parteiorganisation noch rechnen müssen. Das hängt damit zusammen, daß ein Teil der Genossen durch den gegnerischen Druck in die Defensive geht. Aber aus dieser Position kann man bekanntlich nicht siegen. Deshalb müssen alle Genossen zum offensiven Auftreten erzogen werden. Das ist gegenwärtig unser Kampf.

Wie soll die ideologische Auseinandersetzung an der Humboldt-Universität weitergeführt werden? Wie wollen wir auf das Bewußtsein der Studenten einwirken, damit sich mit ihrer Hilfe das Kräfteverhältnis zugunsten der sozialistischen Anschauung weiter verändert? Der Meinungsstreit ist bei uns lebendiger, prinzipieller und härter geworden. Wir haben begonnen, uns mit den Naturwissenschaftlern über revisionistische Auffassungen über das Verhältnis des dialektischen Materialismus zu den Naturwissenschaften auseinanderzusetzen. Ebenfalls haben wir mit den Genossen der Staats- und Rechtstheorie an Hand eines revisionistischen Artikels des Genossen Klemmer in der Festaussgabe zum 40. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution unsere Meinung ausgetauscht. Genosse Klemmer schreibt in diesem Artikel über den ideologischen Gehalt des Rechts und vergißt dabei, den Zwangscharakter des Rechts richtig darzulegen, indem er über die Rolle des Staates kein Wort verliert.

Bei den Pädagogen haben wir eine Auseinandersetzung über die mangelhafte Förderung von Arbeiterkadern begonnen. Sogar Genossen vertreten dort solche Auffassung: Wir haben staatlich gesichert, daß 50 bis 55 Prozent Arbeiter- und Bauernstudenten an der Universität studieren. Jetzt müssen sich sozusagen die Arbeiter- und Bauernkader im Selbstlauf politisch und fachlich entwickeln; denn sie haben die gleichen Chancen wie die Söhne von Kleinbürgern und Intellektuellen. In Wirklichkeit — das ging aus der Diskussion hervor — will man sich vor der tagtäglichen Orientierung auf die Hilfe für die Arbeiterkader drücken. Deshalb bringt man feindliche und revisionistische Auffassungen in die Diskussion hinein, die teilweise so weit gehen, daß man plötzlich feststellen will, daß jetzt, wo es der Arbeiterklasse und den Menschen in der Deutschen Demokratischen Republik gut und immer besser geht, die Arbeiterkinder angeblich nicht begabt genug seien. Man diskutiert also darüber, daß man doch stärker eine Regabtenauslese treffen müßte, was sich letzten Endes in der Praxis gegen die Arbeiterstudenten richtet.

An der Universität ist die Auffassung verbreitet, sowohl bei Parteilosen als auch bei einer Reihe von Genossen, daß Wissenschaft und Politik voneinander zu trennen sind. Sie wollen nicht sehen, daß fachliche Ausbildung und politische Entwicklung der Studenten eine Einheit sind. Sie tun so, als ob sie unpolitische Fachwissenschaftler wären, was letzten Endes darauf hinausläuft, die jungen Studenten im Sinne gegen die Deutsche Demokratische Republik und gegen unseren sozialistischen Aufbau zu